urteilt in kurzen, scharfen Worten das Attentat und betont, daß sie, obwohl sie stets die Politik Stolypins bekämpft habe, immer dafür eingetreten sei, blutige, politische Verbrechen aus dem russischen öffentlichen Leben zu verbannen.

Stolypin hat sich durch das Attentat 1906 nicht einschüchtern lassen. Er fuhr in der Bekämpfung der revolutionären Verbrechen fort, bahnte aber zugleich eine von sehr fortgeschrittenem Geiste erfüllte innere Reform an. In dem am 6. September 1906 veröffentlichten Regierungsprogramm kündigte er ein freies Vereins- und Versammlungsrecht, Religionsfreiheit und bürgerliche Gleichheit, Reformen der Selbstverwaltung, Versicherung für die Arbeiter und großzügige Schulreform an, Versprechungen, die er in der Folge Schritt für Schritt einzulösen suchte und zumeist auch tatsächlich einlöste. Das ist nun der Dank der Anarchisten.

Politische Rundschau.

Dresden, den 16. September 1911.

— **Deutsche Bundesfürsten über Marokko.** Sämtliche deutschen Fürsten erhielten kürzlich Widmungsexemplare der vom Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes H. Claß in Mainz verfaßten und jetzt schon im 60. Tausend erscheinenden Schrift „West-Marokko deutsch" überreicht. Mit Ausnahme von zweien, an deren Hof grundsätzlich für Widmungsexemplare nicht gedankt wird, haben sämtliche Fürsten geantwortet. Von den begeisterten Zuschriften, in der eine königliche Hoheit ihren „herzlichen Dank" aussprechen läßt für „die so verdienstvolle, treffliche Schrift", von der sie „mit größtem Interesse" Kenntnis genommen habe, finden sich Zuschriften aller Art bis zum schlichten Dank für die Zusendung. Aus diesen Antworten kann man kein politisches Kapital schlagen; denn wer mit den Gepflogenheiten der Höfe bekannt ist, weiß genau, wie solche Schriftstücke entstehen.

— **Die wirtschaftliche Kommission der Kolonialverwaltung** hält am 28. September ihre erste Sitzung ab. Die Tagesordnung betrifft folgende Punkte: 1. Aufgaben der Kreditorganisationen in den deutschen Schutzgebieten mit besonderer Berücksichtigung von Südwestafrika, 2. Maßnahmen gegen unsolide koloniale Gründungen, und bei ausreichender Zeit 3. Förderung der Handelsbeziehungen der deutschen Schutzgebiete mit dem Mutterlande. Einladungen haben erhalten die Herren: Erster Vizepräsident der Berliner Handelskammer, Generalkonsul Dr. v. Mendelssohn-Berlin, Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft Dr. A. Salomonsohn-Berlin, Freiherr S. A. v. Oppenheim-Köln, erster stellvertretender Vorsitzender der Handelskammer, Kommerzienrat C. Seiler-Nürnberg, E. Fabarius-Bremen, Senator J. Strandes-Hamburg, Fabrikant F. Thorbecke-Mannheim, Kommerzienrat C. O. Langen-M.-Gladbach. Als Sachverständige für Punkt 1 der Tagesordnung sind ferner geladen: der Präsident der preußischen Zentralgenossenschaftskasse, Dr. Heiligenstadt, und der Direktor der Pfälzischen Hypothekenbank Dr. H. Tröltsch, Ludwigshafen. Punkt 2 der Tagesordnung ist besonders interessant, denn dazu schreibt selbst das „Berl. Tagebl." in seinem Börsenteile:

„Gerade in den letzten Jahren hat das koloniale Gründungswesen einen sehr bedenklichen Grad erreicht, und mehr als einmal waren wir genötigt, das deutsche Publikum vor dem ungesunden Optimismus, der in einigen „Gründungsprospekten" zum Ausdruck kam, zu warnen. Die Enttäuschungen, die deutsche Kapitalisten bei den Gründungen des Mersenskonzerns, der Gesellschaft Südküste, der Baumwoll-Aktiengesellschaft, der Doagesellschaft, der Afrika-Marmor-Co. und dergleichen erlitten haben, beweisen zur Genüge, wohin der Gründungssanguinismus geführt hat. Teilweise hatten die Gründer ihre Hoffnungen zu hoch gespannt, teilweise hatten sie das zu gründende Unternehmen von vornherein nutzlos mit zu hohem Gründergewinn belastet, so daß die anfangs gemachten Versprechungen nicht hatten erfüllt werden können. Außerdem waren einige Kolonialunternehmungen von vornherein in schwindelhafter Absicht von Leuten mit nicht einwandfreiem Ruf und Charakter gegründet worden. Wenn nun jetzt die Kolonialverwaltung gegen diese Mißstände Front machen will, so ist das sehr zu begrüßen. Besteht doch die Gefahr, daß durch die unsoliden Gründungen weite Kreise unseres heimischen Kapitals von den Kolonien abgeschreckt werden. Dies zu verhindern hat aber das Kolonialamt ein großes Interesse, und es ist in erster Linie in der Lage, zur Unterdrückung der Mißstände beizutragen. Erhält es doch sehr häufig Berichte der Gouvernements, in deren direkt nachgewiesen wird, daß die Angaben von einzelnen Kolonialprospekten der Wahrheit nicht entsprechen. Das Kolonialamt braucht in einem solchen Falle nur den betreffenden Bericht zu veröffentlichen oder die Presse von den unwahren Angaben zu verständigen. Alsdann wird sich ein großer Teil der bisher erlebten Enttäuschungen vermeiden lassen."

Sehr lehrreich! Im politischen Teile aber zählt dasselbe Blatt stolz auf, wie viele Gesellschaften sich unter Dernburg gegründet hätten; vor ihm sei nichts gewesen, nach ihm wieder nichts. Wen trifft also dieser begründete Vorwurf?

— **Vier sozialdemokratische Interpellationen.** Anläßlich des Jenaer Parteitages hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dort eine Sitzung abgehalten und beschlossen, vier Interpellationen sofort im Reichstage einzubringen, und zwar über Marokko, über die Lebensmittelteuerung, über die Maßregelung der Eisenbahner in Elsaß-Lothringen und über die Handhabung des Vereinsrechtes. Auch die Zentrumsfraktion wird über Marokko interpellieren.

— **Nationalliberale Reichstagskandidaturen.** Nach einer Zusammenstellung in der „Nat.-Lib. Korr." haben die Nationalliberalen bisher in 142 Wahlkreisen eigene Reichstagskandidaten aufgestellt. Davon entfallen auf Ostpreußen 8, Westpreußen 4, Brandenburg 4, Pommern 6, Schlesien 6, Provinz Sachsen 8, Schleswig-Holstein 8, Hannover 15, Westfalen 5, Hessen-Nassau 7, Rheinprovinz 11, Bayern 10, Königreich Sachsen 13, Württemberg 4, Baden 10, Hessen 5, die beiden Mecklenburg 2, Sachsen-Weimar 2, Braunschweig 2, Sachsen-Koburg-Gotha 5, Anhalt 2. Außerdem in Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Reuß j. L., Schaumburg-Lippe je 1, in Hamburg 3. Außerdem verheißt die Parteikorrespondenz die Aufstellung noch weiterer Kandidaten, von denen sie 25 nennt, und stellt außer ihnen auch noch sonstige Wahlkreise in der Rheinprovinz, Württemberg und Bayern in Aussicht.

— **Das Versicherungsgesetz für Privatbeamte.** Die erste Vorlage, die den Reichstag nach seinem Zusammentritt am 10. Oktober beschäftigen wird, soll das Versicherungsgesetz für Angestellte sein. Es soll auf diese Weise ermöglicht werden, den Entwurf rechtzeitig der Kommission zu überweisen. Nach der früheren Stellung, die der Reichstag zur Frage der Privatbeamtenversicherung eingenommen hat, nimmt man an, daß die Beratungen im Plenum nur wenig Zeit in Anspruch nehmen werden. In den Kreisen der Privatbeamten besteht die Ueberzeugung, daß die Durchberatung der Vorlage im Reichstage nicht auf Schwierigkeiten stoßen wird, da alle Parteien sich auf den Standpunkt der zweiten Denkschrift über die Privatbeamtenversicherung gestellt und ihren endgültigen Beschluß, die Vorlage noch in der gegenwärtigen Legislaturperiode zu verabschieden, bekundet haben. Die überwiegende Mehrheit der Privatangestellten, die durch den Siebener-Ausschuß vertreten wird, hat wiederholt erklärt, daß sie die Vorlage der Reichsregierung als eine brauchbare Unterlage zur Durchführung der Privatbeamtenversicherung ansieht. Im einzelnen bestehen auch dort Wünsche auf Abänderung der Vorlage. Man ist jedoch zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine Beschränkung auf Abänderungsvorschläge angebracht ist, um die Verabschiedung des Gesetzes in dieser Herbsttagung nicht zu gefährden. Wenn noch immer Bestrebungen im Gange sind, die Versicherung der Angestellten herbeizuführen, so dürften diese Bestrebungen im Reichstage keine Aussicht auf Erfolg haben. Denn bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung hat die überwiegende Mehrheit des Reichstages ihre Ansicht dahin ausgesprochen, daß eine Erweiterung der Invalidenversicherung durch Aufsetzen neuer Lohnklassen undurchführbar ist.

— **Warum wir ein Stück Marokko brauchen,** sagt der Münchener alldeutsche Privatdozent Wirth in folgenden Sätzen: „Wohl aber liegt an einer Weltstraße Agadir, nämlich an der Linie Wladiwostock—Berlin—Gibraltar—Dakkar—Pernambuco—Peru, und an dieser Transkontinental-Ozeanstraße sollten wir uns festlegen. Das wäre eine Taube in der Hand gegen Spatzen auf dem Dache." — Wer lacht da? Wenn solche Phantasten die Politik zu machen hätten, würde das deutsche Volk weder Tauben noch Spatzen bekommen, sondern nur Hiebe von allen Seiten. Solche Politiker kann man nicht ernst nehmen.

— **Das sozialdemokratische Parteiprogramm** ist eine alte baufällige Hütte, die kein Dach mehr hat und keine Türen und eingeworfene Fenster, das bestätigt den Genossen nunmehr ihr nächster Nachbar, der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Pachnicke, der sich dahin vernehmen läßt:

„In keiner Partei findet das eigene Programm so viel Kritik, wie in der Sozialdemokratie. Nicht einen Stein von den in Gotha und Erfurt errichteten Bau lassen die geschäftigen Hände der Revisionisten auf dem anderen. Zuerst fiel das eherne Lohngesetz, an dessen Begründung Lassalle alle Kunst der Dialektik, allen Glanz der Sprache verschwendet hatte, und mit dem Lohngesetz entfernte man die Produktivgenossenschaft, aber auch die Bewegungsgesetze der geltenden Wirtschaftsordnung, wie Marx sie aufgestellt hat und seine kommunistischen Endziele finden immer weniger Glauben. Am liebsten schwiegen die sozialdemokratischen Wahlkandidaten von der Umwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, denn von ihr reden ist Verlegenheit. Nicht nur der Landmann, sondern auch der Städter lehnt es ab, die Gegenstände, mittelst deren er wirtschaftliche Werte schafft, der Allgemeinheit zu opfern. Keiner, der den Menschen kennt, vermag zu glauben, daß sie auch dann ihr Höchstes leisten würden, wenn ihnen die Früchte ihres Fleißes nicht unmittelbar zugute kämen. So sind die Grundlagen des Programms längst untergraben."

Das stimmt genau und darum wagt die Sozialdemokratie sich auch nicht mehr an die längst notwendig gewordene Reform ihres Programms heran.

— **Von der sozialdemokratischen Geschwollenheit** sprach der Abgeordnete Fischer auf dem Jenaer Parteitage und er muß es wissen. Ein neuer Beweis für diese Großsprecherei wird soeben geleistet. In der sozialdemokratischen Presse sollen schon gegenwärtig Triumphartikel vorbereitet sein für den Fall, daß der Frieden erhalten bleibt. So schreibt ein gelegentlicher Mitarbeiter der „Rhein.-Westf. Zeitg.", den sein Beruf mit sozialdemokratischen Zeitungen des Westens in Berührung bringt. Es heißt in der Zuschrift:

„In diesen Artikeln — ich habe einen ganz gelesen — wird zunächst der alte Brei wieder aufgewärmt, daß die Sozialdemokratie infolge ihrer idealen und philantropischen Bestrebungen und Ziele den Krieg als „Massenvölkermord" verabscheut und ihn deshalb auch mit allen Mitteln zu hintertreiben suche. Des weiteren wird die sozialdemokratische Presse dem deutschen Volke klar zu machen suchen, daß es allein der Sozialdemokratie zu verdanken hat, wenn das Vaterland diesmal vor den Schrecknissen eines Krieges bewahrt worden ist. Trotz Junkern, Kanonenkönigen, Panzerplattenfabrikanten und Schlotbaronen und anderen mächtigen Kreisen, die, um Millionen zu verdienen, die Regierung zum Kriege gehetzt hatten, sei durch die Sozialdemokraten der Frieden erhalten worden. Warum? — Weil die Regierung ihre Macht fürchte, und sich deshalb wohl hüte, ohne ihr Einverständnis einen Krieg gegen das Ausland zu führen. Ein Hinweis auf die angeblich so imposante sozialdemokratische Massenfriedenskundgebung in Berlin, die kürzlich stattgefunden hat, bleibt selbstverständlich nicht aus. Schließlich steigert sich der triumphierende Ton in den Artikeln zu der Behauptung, daß die Entscheidung den Krieg oder Frieden in Wirklichkeit in Händen der Sozialdemokratie liege."

In Wahrheit konnte das vaterlandsfeindliche Gebaren der Sozialdemokratie nur die Lust der Gegner, über Deutschland herzufallen, verstärken. Lediglich die Furcht vor der deutschen Stärke und der Entfesselung des furor Teutonicus kann die Deutschfeinde des Auslandes vor dem Wagnis des Friedensbruches zurückscheuen lassen und hat auch ihre sozialdemokratischen Anwälte in Deutschland veranlaßt, sich mit einer Kundgebung, die weiter keinen Wert hatte, als nur den äußeren Schein zu wahren, zu begnügen. In Wahrheit ist der Frieden gesichert worden durch unser Heer, unsere Flotte und unsere guten Finanzen, und an alle dem haben die Sozialdemokraten kein Verdienst.

— **Brüderlichkeiten in Jena** müssen auch an dieser Stelle unterstrichen werden. Diesmal waren es Bebel und Ledebour, die sich rauften, also zwei Radikale. Die alte Erscheinung: jeder Radikale findet einen Ueberradikalen. Bebel meinte gegen Ledebour:

„Ledebour hat gesagt, man hat mich vorgeschoben, um dem Parteivorstande aus der Patsche zu helfen. Ich habe diesen Ausspruch bereits durch einen Zuruf charakterisiert als eine „Unverschämtheit" und ich nehme nichts zurück. Es ist ein starkes Stück, einen Mann, der fünfzig Jahre in der Bewegung steht und 47 Jahre an der Spitze des Parteivorstandes, zu sagen, er lasse sich schieben. Ich hoffe, daß Ledebour es niemals im Leben passieren wird, daß ihn ein anderer dieses Kompliment macht. Es ist aber ja Mode geworden, von den Alten so zu sprechen, als ob sie nicht mehr dazu gehören. Bringt doch einmal einen Gesetzentwurf ein, wonach künftig Personen über 50 Jahre keine Stellung mehr in der Partei einnehmen dürfen. Man hat Kautsky schon mit 57 Jahren beiseite geworfen, und man hat auch bei Mehring mit seinen 60 Jahren von Senilität gesprochen. Ich wäre für die Gründung eines Invalidenfonds, aber es müßten aus ihm auch diejenigen dann unterstützt werden, die an Jahren zwar noch jünger sind, aber doch schon einen sehr senilen Eindruck machen."

Ledebour entgegnete:

„Wenn ich sagte, Bebel sei vorgeschoben, so sollte das kein Tadel für Bebel sein, sondern für die, die ihn vorgeschoben haben. Es heißt ja oft: Du glaubst zu schieben und du wirst geschoben. Es kommt nur auf die Geschicklichkeit der Schieber an. (Heiterkeit.) — Bebel: Ledebour hat seine erste Behauptung, ich sei vorgeschoben, aufrecht erhalten. Er hat mich als Menschen hingestellt, der unfähig sei, zu beurteilen, aus welchen Motiven heraus er aufgetreten ist. Es scheint mir, daß Ledebour gar nicht mehr den Sinn seiner Worte begreift. Ich kann nur sagen, an Taktlosigkeit übertrifft er alle Parteigenossen."

Das muß man sich merken für beide Teile. Solche Zwischenakte lassen erkennen, daß die Gegensätze unter den Persönlichkeiten sehr groß sind, daß aber diese Gegensätze auch auf einem wesentlichen Unterschied der Meinungen beruhen, ist ganz selbstverständlich.

Belgien.

— **Die Rüstungen in Belgien** werden fortgesetzt. Es werden nicht nur die Reservisten der Genietruppen nicht entlassen, sondern auch die Jahrgänge 1906, 1907 und 1908 einberufen. Wegen dieser Entschließung der Regierung kam es in der Infanteriekaserne zu Gent zur Meuterei von Reservisten. Hundert Infanteristen hielten in einem sozialdemokratischen Lokale eine Protestversammlung ab. Die Vorgesetzten wurden ausgepfiffen.

Rußland.

— **Ueber das Befinden des verwundeten Ministerpräsidenten Stolypin** werden gut lautende Berichte ausgegeben. Die Aerzte stellten eine Besserung fest und hoffen auf einen glücklichen Ausgang. Nachts ist keinerlei Verschlimmerung eingetreten. Trotzdem weiß man noch nicht mit Sicherheit, welcher Art die Verletzungen sind. Es ist augenscheinlich die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Kugel längs der Rippen gleitend in den Rückenmuskeln stecken geblieben ist, ohne die inneren Organe ernstlich zu beschädigen. Der Attentäter Bagrow ist der Sohn eines angesehenen Bürgers in Kiew. Er ist etwa 28 Jahre alt und hat unlängst seine Universitätsstudien beendet. Es war daher für ihn möglich, trotz polizeilicher Kontrolle, eine Karte für die Vorstellung zu erlangen. Den Anschlag hat er vermutlich im Auftrage der revolutionären Organisation ausgeführt. Der Kaiser stattete Freitag früh Stolypin einen Besuch ab und hat für die Dauer der Krankheit des Ministerpräsidenten die Geschäftsführung dem Finanzminister Kokowzow übertragen. In allen Teilen des Landes werden in den Kirchen Bittgebete für die baldige Genesung Stolypins abgehalten. In der Reichsduma wurden ebenfalls Gebete abgehalten. Der Präsident Gutschkow sandte an Stolypin im Namen des Oktobristenverbandes ein Beileidstelegramm.

Marokko.

— **Zur Lage.** Aus Tanger wird gemeldet: Die Ait Jussi griffen trotz ihrer Niederlage vom 9. September die Mahalla Brémonds neuerdings am 15. September an, erlitten aber auch diesmal starke Verluste und wurden zurückgeschlagen. — Wie aus der Gegend von Melilla in Udschda eingetroffene Marokkoner berichten, herrscht unter den Riffleuten, die in den letzten Kämpfen am Ketifluße mehrere Kanonen und viele Gewehre erbeutet hatten, große Zuversicht. Mehrere Bergstämme, unter denen der heilige Krieg gepredigt wird, beabsichtigen sich ihnen anzuschließen.

Die Hygiene-Ausstellung.

Im französischen Pavillon fand eine Pasteur-Konferenz statt, zu der der französische Regierungskommissar Professor Edouard Fuster eine Reihe von Gästen geladen hatte. Man sah unter anderen den sächsischen Staatsminister Graf Vitzthum von Eckstädt und andere maßgebende Persönlichkeiten. Nach einer kurzen Begrüßungsrede des Professors Fuster hielt Professor Calmette, der Direktor des Pasteurschen Institutes in Lille, einen ebenso interessanten wie instruktiven Vortrag über die Entwickelung der hygienischen Wissenschaft unter dem Einfluß von Pasteur und Robert Koch. Herr Geheimrat Lingner, der Präsident der Ausstellung, dankte in liebenswürdigen Worten dem Redner. Er hob besonders hervor, daß man zum großen Teil den Bemühungen von Professor Calmette es zu verdanken habe, daß Frankreich sich an der Internationalen Hygiene-Ausstellung beteiligte.

Die Hallen werden mit Rücksicht auf die jetzt früher eintretende Dunkelheit von heute ab nur noch bis 6 Uhr offen gehalten.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19110917/2